

ABiD macht behinderte Menschen auf Hilfsmöglichkeiten aufmerksam:

„Viele Betroffene können Stromkosten für Hilfsmittelbetrieb nicht mehr finanzieren!“

Berlin (10.08.2022). Die Deutschen erwarten dieser Tage stark erhöhte Stromrechnungen. Aufgrund des Gasmangels ist mit erheblichem Preisanstieg bei der Elektrizität zu rechnen. Gerade sozial Schwächere wissen durch die explodierende Inflation ohnehin nicht mehr, welche Sparmaßnahmen im Alltag noch ergriffen werden können. Denn oftmals sind vor allem private Haushalte an die Grenzen des Möglichen gekommen – und das gilt gemäß Aussagen des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland nicht zuletzt für Menschen mit einem Handicap, die oftmals auf elektrische Hilfsmittel angewiesen sind und hierbei nicht auf etwaigen Stromfluss verzichten können. Wie der Sozialberater des ABiD einschätzt, dürfte die Not in diesem Bereich noch zunehmen: „Oftmals werden Kosten für den Betrieb von Treppenliften, das Aufladen von E-Rollstühlen, elektrische Badewannensitze oder auch das Hausnotrufgerät nicht übernommen und belasten so den Geldbeutel der Betroffenen“, erklärt Dennis Riehle, der in den letzten Wochen zunehmend Anfragen von besorgten und in Armut gerutschten Bürgern erhält: „Die Nachteilsausgleiche, die behinderten Personen vom Staat zugestanden werden, reichen bei weitem nicht aus, die gestiegenen Ausgaben für den Bereich der Stromnutzung für Hilfsgeräte auch nur im Ansatz zu decken“, erläutert er hierzu.

„Allerdings wissen viele Betroffene nicht, dass es Möglichkeiten gibt, sich zumindest Teile der Elektrizitätskosten zurückzuholen“, meint der 37-Jährige, der als Psychologischer und Integrationsberater ausgebildet und in Sozialrecht zertifiziert ist. „Gerade, wenn ein Mensch mit Beeinträchtigung als pflegebedürftig eingestuft ist, übernimmt die Krankenkasse ganz erhebliche Kostenaufwendungen für hilfsmittelbezogene Stromgebühren. Zudem kann im Fall von Bedürftigkeit auch das Sozialamt im Rahmen von Hilfen zum Lebensunterhalt und für Gesundheit mögliche Unterstützung leisten. Und auch ein Schwerbehindertenausweis kann finanzielle Entlastung bringen, selbst wenn der Inhaber nicht steuerpflichtig wäre“, führt Riehle die Optionen aus, die er auch in der mittlerweile sehr stark frequentierten Mail-Beratung des ABiD immer wieder weitergibt: „Das Problem ist einfach, dass viele Menschen nicht über die öffentlichen Hilfen unterrichtet sind – und das ist bei unserem durchaus als hochkomplex zu bezeichnenden Sozialsystem auch kein Wunder“, sagt der Sozialberater.

Er empfiehlt deshalb, sich entsprechend zu informieren: „Viele Verbände, wie auch der ABiD, bieten entsprechende Beratungsmöglichkeiten an. Wir wollen den Schwächsten in unserer Gesellschaft gerade jetzt dabei helfen, ihre Ansprüche geltend zu machen und zu nutzen. Schlussendlich kommen viele Haushalte in Bezug auf Hilfsmittel nicht mit weniger Strom aus, Sparen ist hier also die falsche Devise. Stattdessen bestehen Rechte für zahlreiche Bürger, welche wir transparent machen möchten. Es braucht in Krisenzeiten einen Schulterschluss mit denjenigen Personen, die ansonsten keine Stimme haben“, zeigt sich Riehle überzeugt.